

Erstellt am 10. mit 1000 Seiten. „Heimat und Welt“ und der Albenbeitrag „Für unter keinen Preis“, sowie den Beiträgen „Unterhaltung und Wissen“, „Die heimliche Kunst“ und „Tod gute Frei“. Sonderheft „Welt“ und „Der heimliche Kult“. Ausgabe A mit St. Berno-Bart A 20. Ausgabe B ohne St. Berno-Bart A 20. Einzelnummer 10. Sonderausgabe A 20. Sondernummer 20. Herausgeber: Dr. G. Deegel, Dresden.

# Sächsische Volkszeitung

Redaktionelle, Druck und Verlag: Germania  
Gesellschaft und Verlag Dresden-R., polizei. 17.  
Dienstag 21.01. Postleitzettel Dresden 102. Posts  
amt Sachsen-Anhalt Dresden 21.01.

Für christliche Politik und Kultur

Ausgabe A und B

Donnerstag, den 25. August 1932

Verlagsort: Dresden  
Ausgabepreis: Die 16-seitige Zeitung 30. J. Sammlungs-  
ausgabe 20. J. Die 16-seitige Zeitung 10. J.  
Beitrag im unteren Bereich des Beitragsfeldes ist  
40. J. die 16-seitige Zeitung 10. J. Der Zettel  
höherer Gewalt erfordert jede Beauftragung auf Lieferung totale  
Entziehung. Anzeigen - Werberichter - Verleihung u. Verkauf u. Erledigung  
Geschäftlicher Teil: 6. Winkel, Dresden.

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung  
Dienstag-Mittwoch 1. September 12. August 2012  
und 21.01.

## Für starken Staat und freie Wirtschaft

Die Rede des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther auf dem Genossenschaftstag

### Vor einer neuen Diskontsenkung

Dr. Luther, 21. August.

Die Verhandlungen des 68. deutschen Genossenschaftstages fanden ihren Abschluss mit einer Ansprache des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther, der u. a. ausführte: Wenn man auch noch nicht sagen kann, daß die Wirtschaftslöse ihren Drehpunkt bereits durchdrückt hat, so ist doch die elementare Kraft des Schrumpfungsvergangen des Wirtschafts nicht mehr so groß, daß man nicht also davon gehen müsse, den Wirtschaftenden wieder Mut zu machen, und daß man nicht

mit wohlüberlegten und entschiedenen Maßnahmen der Staatsgewalt nunmehr verfügen würde und müsse, den natürlichen Genehmigungszug zu unterstützen.

Analogies des Gedankens, nur ganz Neues vermöge Abhilfe von den vielen Nebeln der Zeit zu schaffen, könnte bei manchen der Eindruck entstehen, als ob eine Verteidigung des Grundsatzen der Privatwirtschaft und der Aufrechterhaltung geldwirtschaftlicher Verbindungen, die auch eine Verteidigung der Goldwährungswertlosigkeit sei, zu betonen, daß nach allen bisherigen Erfahrungen der Menschheit nur durch Einschaltung des privatwirtschaftlichen Erfolgsstrebs, aber auch nur der privatwirtschaftlichen eigenen Verantwortung jener höchste Nutzen aus der Menschenarbeit herausgeholt werden kann, der herausgeholt werden muß, soll Deutschland einen neuen Blüte entzogen führen werden. Möglich ist es und nötig, den deutschen Menschen in zunächst großem Umfang auf die Ergebnisse des deutschen Volks zu verweisen. Es gibt aber Grenzen, die von den Ama- türkern außerhalb ihrer übersehen werden.

Die absolute Autarchie würde mit Not und Tod sehr vieler Deutschen überzählt werden.

Die Landwirtschaft kann nur dann die Preise erreichen, die zu ihrer Erhaltung notwendig sind, wenn die Kaufkraft der Bevölkerung eine starke Erholung durch Beschäftigung im Dienste der Ausfuhr erfährt.

Die vielen, die so bedingungslos heute für eine am Schreibtisch erdachte Planwirtschaft eintraten, machen sich kaum klar, was auf dem Wege zur Errichtung der planwirtschaftlichen Ziele einer Elendsstrecke liegen muss, der Millionen von Deutschen zum Opfer fallen. Auch die Währung ist kein Versuchsstall, keine Stelle, an der, ohne

die Erfahrungen der Vergangenheit zu benutzen, herumgebaut werden darf.

Niemals ist durch ein Experiment mit der Währung dieser Krisenrand dauernd gemildert worden, wohl aber werden Krisen durch Währungsexperimente zu Katastrophen. Mit der Kampfstrategie der offenen, verdeckten oder offenen Inflation soll als Reichsbankpräsident Vollständigkeit zu erringen, die sicher nicht einer ewigen Verfluchtung Platz machen würde, muß ich vor meinem Gewissen und vor meinem Verantwortungsgefühl gegenüber unserem Vaterlande ablehnen. Die Reichsbank ist bereit, die Wirtschaft zu leben, wirtschaftlich zu leben. Jedes ihre Kreditkraft zur Verfügung zu stellen.

Den Stillstand des Wirtschaftslebens als solches aber kann nicht die Notenbank überwinden, sondern nur der Willen der Teilnehmer des Wirtschaftslebens, nicht mehr stillzuhalten.

Gegenüber der Forderung, das Gold als Währungsgrundlage anzugeben, ist zu sagen, daß man einen anderen internationalem Wertmaßstab als Gold bisher nicht gefunden hat. Die falsche Goldverteilung auf der Erde hebt seine Eigenheit als Wertmaßstab nicht auf.

Hinsichtlich der Zinshöhe behält sich Dr. Luther eine Stellungnahme bis zum Abschluß der Verhandlungen zwischen Reichsbank und Reichsregierung vor.

Was den Diskontsatz anstreift, soale Dr. Luther, so ist die Reichsbank zur weiteren Senkung schon seit längerer Zeit bereit.

Wenn diese Diskontsenkung bisher nicht erfolgt ist, so liegt das lediglich an der Vorschrift des Bankgesetzes,

die bei einer Unterbrechung der Monatsschen Deduktionssperre einen Diskontsatz von weniger als 5 Prozent für ungünstig erklärt. Wunsche und Bemühungen der Reichsbank gehen dahin, daß die gesetzlichen Hindernisse, die die Freiheit der Diskontpolitik der Reichsbank einengen, so bald als möglich beseitigt werden.

Für die Zukunft kommt es darauf an, durch edle und durchsetzende Reformmaßnahmen am Staatslichen alle, was Staats- und öffentliche Aufgaben erfüllung sei, genau und kräftig zu machen. Das private Wirtschaftsleben aber kann nur in der Lust der Freiheit und der Selbstverantwortung der einzigen reden. Um des Wohles der Gesamtheit willen müssen starker Staat und freie Wirtschaft die Leitsterne sein.

### Ferien in Paris

Die politische Ruhepause in Frankreich

(Von unserem Vertreter.)

Paris, im August.  
P.A.R. Es gibt im Augenblick keine verdeckten Städte als die Metropole Frankreichs. Über den großen Plätzen dröhnt eine schrille Hymne, aus den Augen der Boulevards quillt der Teer, und die Luft steht bis in die späten Abendstunden unbewegt zwischen den hohen Häuserfronten. Es ist jetzt keine Freude, unter den Dächern von Paris zu leben, und wer kann, hat denn auch schon längst seinen Abhängen genommen. Die Ministerien, die Kammer und der Senat zeigen eine nachdrücklich geschlossene Gitterfront, hinter der nur hin und wieder über einem verschwommenen Gesicht das Kopf der Garde Républicaine auftaucht. Eine summe Ablehnung überall, ein mehr oder weniger deutlicher Hinweis, daß man nicht da ist oder jedenfalls als nicht da lebend betrachtet zu werden wünscht. Das sind die Wochen, in denen man selbst vor dem armeligsten Laden auf das bekannte Schild stoßen kann: „Permettre annuler“, wie alljährlich üblich, auf vier Wochen geschlossen.

Es ist eine sehr humane Eigenschaft, sich für einige Wochen aus der Wichtigkeit der eigenen Geschäfte herauszutun, sie wird jedoch von unmittelbarer politischer Bedeutung, wenn sie zu allgemeinen Ferien eines Volkes von seinem öffentlichen Leben werden. Wenn die Kolumnen der Zeitungen für einige Wochen und Monate wieder das Bild des Vorriegsjahre bilden, Wochen oder Monate keine Reden gehalten werden, sei denn zur Enthüllung von Denkmälern, Minister sich in Dorfbewohner verwandeln...

Es ist eine feste Geplogenheit, eine unumstößliche Regel, nach der Frankreich für die Sommermonate in seine privaten Existenzformen zurückversinkt, die Institutionen seines öffentlichen Lebens gewissermaßen vergibt. Man nehme nur den ersten Bürger der Republik, Albert Lebrun, den Jockey de la Marne gegen Mercen-le-Haut eingetauscht hat. Mercen-le-Haut ist ein Dorf in Lothringen, in dem der gegenwärtige Präsident der Republik geboren ist. Es hat 337 Einwohner, das benachbarte Merville 239, in beiden lebt die Sippe Lebrun. Hier hat Albert Lebrun, sobald er in Paris zu etwas Vermögen gekommen war, nach alter Sitte sofort ein kleines Eigentum erworbene, und hierin zieht er sich seit dreißig Jahren Sommer für Sommer zurück, mit Frau und Kindern, Schwester und Schwager, Nichten und Neffen. Hier ist sein Bruder noch Bauer, hier hat er zur Rechten seines Hauses einige alte Dorfhäuser, zur Linken eine Wäscherei, seine Wohnung selbst mag jechs Zimmer haben, und wer ihn im Dorfe nicht Albert nennt, nennt ihn zum wenigsten doch Lebrun. Sie leben so alle, Lebrun in Mercen-le-Haut, Poincaré in Sampigny, Briand in Cocherel, so leben Hunderte von Abgeordneten und Senatoren in Frankreich!

Es sind kleinbürgerliche Lebensformen, in denen sich diese sommerliche Erholung auf dem Lande abspielt, aber ist nicht Frankreich das Vaterland Kleinbürgertums, und hat es nicht seine großen Vorteile, daß Abgeordnete und Minister so oft in ihrer Familie und im Volke verwurzelt bleiben? In Mercen-le-Haut wird Lebrun sehr genau erforscht, was sein Bruder Gabriel über die Weinpreise denkt, was seine Tochter Anne-Marie für Erfahrungen in ihrem soeben bestandenen Baccalauréat machen musste, und was Madame Richard, seine Schwester, so hier und da gehört hat. Der Maire von Mercen-le-Haut wird bei einem Glas Wein über seine Verwaltungsgeschäften berichten, sein Reise aus dem Bergwerk von Bazeilles. Der Präsident der Republik wird für einige Wochen wieder seine Warenrechnung selbst bezahlen, seine Briefe selbst zur Post bringen und in weiten Spaziergängen durch die Gemeindemarkt, wo er noch einige Wiesengrundstücke besitzt, manches sehen und hören, was sich in einem Ministerium nicht so leicht hören läßt.

Und gibt es eine vollkommenere Entspannung als im Bilde sommerlicher Felder, über denen ein weiter, ruhiger Himmel steht? Wenn Lebrun — jetzt der Premier Citoyen dieses Landes — durch seinen Garten geht, an den Rosenbüschen vorüber und den Geranien, den mit Buchsbaum eingefassten Gemüsebeeten und unter den Platanen- und Apfelbäumen vor, so sieht er die wellige Linie der lothringer

### Was wird im Reichstag?

Klara Zeissin kommt — Stöhr (Nazoz.) soll Präsident werden

#### Auflösung?

Berlin, 21. August.

Schon die erste Sitzung des Reichstages, die an sich nur rein formalem Charakter hat, verprüft jetzt eine Sensation zu werden. Wie die kommunistische Abendpresse meldet, hat sich Klara Zeissin trotz ihres leidenden Zustandes entschlossen, am Antikriegstagtag in Amsterdam, den am 27. und 28. August stattfindet, teilzunehmen und von da nach Berlin zu reisen, um den Reichstag als Alterspräsidentin einzutreten. Dieser Entschluß steht endgültig fest. Es wird nun allgemein angenommen, daß die Nationalsozialisten sich die kommunistische Alterspräsidentin nicht gefallen lassen werden. Es dürfte daher, wenn Frau Zeissin ihren Entschluß tatsächlich ausführt, schon in der ersten Sitzung zu Tumulten kommen. Besonders beweisen,

ob es dem Reichstage unter diesen Umständen überhaupt gelingen wird, sich zu konstituieren.

Werden diese Schwierigkeiten überwunden, dann wird in der zweiten Sitzung des Reichstags am 31. August die Wahl des Präsidiums vorgenommen werden können. Es scheint sich zu bestätigen, daß die Nationalsozialisten für den Posten des Präsidenten den Abg. Stöhr vorschlagen werden. Franz Stöhr ist am 19. November 1870 geboren, war lange Zeit im Deutschen nationalen Handlungsgesellenverband tätig und hatte im bisherigen Reichstag einige Monate lang das Amt des 1. Vizepräsidenten des Reichstages inne.

Nach der Wahl des Präsidiums dürfte in den Arbeiten des Reichstages eine mehrtägige Pause eintreten. Diese ist einmal bedingt durch den Katholikentag, zum anderen

durchdurch, daß der Reichstagspräsident in dieser Pause mit dem neuen Kabinett die Frage der Weiterarbeit klären will. Die Regierung kennt nach wie vor ihre Entschlossenheit, vor dem Reichstag zu treten. Nach dem bisherigen Stande der Dinge kann aber nicht bestreitet werden, daß sie dort ein Minderheitsvotum erhalten wird. Die Frage ist, was nach dem Minderheitsvotum geschehen soll. Während bisher angenommen worden ist, daß die Regierung von Papen dann einfach als gescheitertes Kabinett im Amt bleibt und dem Reichstag die Steuerabschaffung zu ihren Maßnahmen überlassen würde, möchten sich jetzt die Stimmen, die eine

Reichstagsauflösung im Falle des Minderheitsvotums als unvermeidlich

erklären. Die Deutsche Zeitung gibt sogar der Meinung Ausdruck, daß die Regierung den Reichstag auflösen und dann „gezögert auf das Notstandesrecht die angekündigten Maßnahmen zum Umbau des Staates unter Ausschaltung der Wahlmaschine“ durchführen wird. Wir haben bereits dargelegt, daß ein solches Vorgehen fürstliche verfassungsgerechte Bedenken hätte. Wir halten es für wahrscheinlich, daß der banische Ministerpräsident Held bei seinem gestrigen Besuch in Berlin auch diese Bedenken der Reichsregierung vorgetragen hat.

#### Gumbel erhebt Einspruch

Berlin, 24. August. (E. M.) Professor Gumbel, der zur Zeit auf Einladung des Instituts of Education in New York eine Reihe von Vorträgen hält, hat gegen die Entscheidung des badischen Kultusministeriums Einspruch beim badischen Kultusminister erhoben.